

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mfr. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Reinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Eisenach.

Der 26. April 1907 wird sowohl in der Geschichte des Deutschen Holzarbeiterverbandes wie in der allgemeinen Entwicklung der Holzindustrie in Deutschland ein bedeutungsvoller Tag bleiben. Es ist der Tag, an welchem die beiden Zentralvorstände, des Holzarbeiterverbandes auf der einen und des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe auf der anderen Seite, zum ersten Male zu einer gemeinschaftlichen Sitzung in Berlin zusammentraten.

Ein monatelanger schwerer Kampf war vorausgegangen, in welchem die beiderseitigen Organisationen wieder einmal ihre Kräfte gegeneinander gemessen hatten. Die Angreifer waren diesmal nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber gewesen. Kein früherer Streit unserer Kollegen hatte ein solches Kräfteaufgebot beider Parteien erfordert als diese von dem Arbeitgeberverband veranlaßte, über zahlreiche Städte gleichzeitig ausgedehnte Aussperrung.

Wenn es den leitenden Personen in der Organisation unserer Arbeitgeber seither noch an der Einsicht von der Macht des Deutschen Holzarbeiterverbandes und dem nötigen Respekt vor seiner Stärke gefehlt haben sollte, so hat sicherlich der Verlauf und Ausgang dieser großen Aussperrung bewiesen, daß man zukünftig sich auf jener Seite einer Täuschung hierüber nicht mehr hingeben wird.

Unter Würdigung dieses Gesichtspunktes müssen zweifellos die für die Zukunft bestimmten Friedenserklärungen der Vorstandsmitglieder des Schutzverbandes in jener ersten Sitzung an Gehalt gewinnen. Denn sie basieren hiernach nicht lediglich auf dem frommen Wunsche, zukünftige Streiks möglichst zu verhüten, sondern wurden nicht minder von der realen Erkenntnis diktiert, daß es den Arbeitgebern nun einmal trotz größter Machtaufwendung nicht möglich ist, die Organisation der Holzarbeiter an die Wand zu drücken.

Weil der Holzarbeiterverband in dem letzten großen Kampfe ein solches Maß von Stärke und Ausdauer bewiesen, mußten die Arbeitgeber zu der Einsicht kommen, daß es jetzt doch an der Zeit ist, andere Wege einzuschlagen, um solche großen Machtkämpfe zu vermeiden. Daß die Einsicht zuerst bei den Führern der Arbeitgeber, bei dem Vorstand des Schutzverbandes Platz gegriffen, kann nicht verwundern, denn sie würden ihre Organisation geradezu in Gefahr bringen, wollten sie die im letzten Kampfe geübte Taktik wiederholt oder noch häufig versuchen. Dafür sind die dem ganzen Gewerbe zugefügten Schädigungen doch zu groß, als daß die Arbeitgeber sich vom Schutzverband allzu leicht wieder in einen solchen Kampf, als den letzten, führen ließen.

Den Holzarbeitern kann diese Entwicklung der Dinge natürlich nur recht sein. Mancher Kollege mag vor der Aussperrung die Bedeutung der Unternehmerorganisation hinsichtlich unserer Lohnbewegung auch noch unterschätzt haben. Für diesen Teil unserer Verbandsmitglieder bedeutet die Aussperrung mit all ihren Begleiterscheinungen hoffentlich gleichfalls eine nachhaltige Lehre.

Aber die große Mehrheit der Verbandsmitglieder kann dieser Verlauf der Bewegung nicht überraschen. Denn der Verband als solcher hat von jeher den Standpunkt vertreten, daß friedliche Verhandlungen und eine gütliche Einigung dem Streit vorzuziehen sind. Darum konnte unser Vorstand in der Sitzung in Berlin auch dem Vorschlag sofort zustimmen, daß von jetzt ab öfter solche gemeinschaftlichen Sitzungen stattfinden sollen, in welchen die beiden Zentralvorstände versuchen wollen, allgemeine Streitfragen in friedlicher Verhandlung zu lösen. Ebenso wichtig ist die zwischen beiden Vorständen getroffene Vereinbarung, daß Streitigkeiten in Zukunft nach Möglichkeit dadurch verhütet werden sollten, daß vor Ausbruch eines Streiks oder einer Aussperrung die beiden Zentralvorstände gewissermaßen als zentrales Einigungsamt zur Vermittlung angerufen werden müssen. In manchen Fällen ist schon in den letzten Jahren auch von unserem Verband in diesem Sinne gehandelt worden und die gemachten Erfahrungen sprechen durchaus dafür, daß dieser Weg gangbar und für beide Teile empfehlenswert ist. Der Erfolg für die Zukunft wird jedoch davon abhängen, ob auf der Gegenseite auch stets der ehrliche Wille vorhanden ist, den Holzarbeitern auch ihr Recht zu gewähren. Unser Verband ist namentlich seit den gründlichen Debatten über die Taktik auf dem Verbandstag in Leipzig von der sogenannten Ueberrumpelungstaktik im Lohnkampf abgekommen. Je mehr unsere Lohnbewegung an Umfang gewinnt und je mehr die Möglichkeit sich herausstellt, in Folge der Erstarkung unserer Organisation durch Verhandlungen ohne Streit unsere Forderungen durchzusetzen, desto mehr muß anerkannt werden, daß die Arbeitgeber eine angemessene Frist beanspruchen können, sich auf

die von uns gewünschten neuen Arbeitsbedingungen ordnungsgemäß einzurichten. Unsere Kollegen können sich deshalb auch gern damit einverstanden erklären, daß in dem Falle, wenn eine Einigung über ihre Forderungen mit der lokalen Organisation des Schutzverbandes nicht gelingt, erst dessen Zentralvorstand zu einer Intervention durch unseren Verbandsvorstand veranlaßt wird, ehe sie zur ArbeitsEinstellung schreiten. Denn den Streit haben die Arbeiter von jeher als das letzte Mittel betrachtet, das erst anzuwenden ist, wenn alle Mittel einer friedlichen Verständigung versagt haben.

Selbstverständlich dürfen nun aber auch nicht die Arbeitgeber mehr zu einer Aussperrung schreiten oder die Arbeiter zu einem Abwehrstreik nötigen, ohne daß sie dieser Vereinbarung entsprochen und beiden Zentralvorständen vorher Gelegenheit zum Eingreifen gegeben haben. Vorkommnisse wie die jüngsten Aussperrungen namentlich in Kiel und Burg müssen für die Zukunft ausgeschlossen sein, da ohne strengste Gegenseitigkeit eine solche Vereinbarung natürlich nicht aufrecht zu erhalten wäre. Hierüber müssen die Arbeitgeber sich von vornherein klar werden, und wir wollen abwarten, inwieweit es dem Einfluß des Zentralverbandes des Schutzverbandes gelingen wird, seine Leute im Lande zu der gleichen Disziplin anzuhalten, wie wir sie für die Holzarbeiter glauben in sichere Aussicht stellen zu dürfen.

Inzwischen ist nun die zweite Zusammenkunft der beiden Zentralvorstände bereits anberaumt, sie findet am 8. Juli in Eisenach statt. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen wird die Frage des Arbeitsnachweises bilden, es soll ein Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie beraten und vereinbart werden. Wenn das gelingt, so würde es zweifellos auch einen Fortschritt auf dem Wege bedeuten, die Zahl der Konflikte zu verringern. Denn wie viele Differenzen und selbst schwere Kämpfe sind schon aus dem Streit um den Arbeitsnachweis entstanden. Allerdings wird in absehbarer Zeit auch das in Aussicht stehende Regulativ den Streit noch nicht überall und völlig beseitigen, aber es ist trotzdem wertvoll, wenn von Arbeitgeberseite jetzt wenigstens der gute Wille gezeigt wird, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung zu respektieren. Mögen deshalb die Verhandlungen in Eisenach ein gutes Resultat bringen.

Ob sich in Eisenach neben der Erledigung dieses Punktes noch Zeit finden wird, zu der Frage der Städteinteilung in Klassen für eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit und später auch der Löhne noch Stellung zu nehmen, wissen wir nicht. Aber diese Frage wird überhaupt so leicht und schnell nicht zu lösen sein, und es ist für beide Teile gut, sich keinen überflüssigen Sorgen zu geben. Größtes ist jedoch für uns klar, daß die Möglichkeit einer solchen Klassenweisen Festlegung wenigstens der Arbeitszeit gegeben ist. Der Anfang ist übrigens bereits in gewisser Hinsicht gemacht worden, bei den Vertragsabschlüssen in Berlin sind schon sechs Klassen der Arbeitszeit geschaffen, nämlich 51 Stunden (Berlin, Charlottenburg, Hildorf, Weissensee), 52 Stunden (Dresden, Leipzig), 53 Stunden (Spandau), 54 Stunden (Bernau), 55 Stunden (Rübeck, Gbrück, Halle, Guben, Oldenburg) und 56 Stunden (Wormen).

Bei dem Versuch, weitere Städte in diese oder mehr Klassen einzurangieren, wird es darauf ankommen, welches Verständnis der Vorstand des Schutzverbandes für eine zeitgemäße Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Städten offenbart. Daß es in den meisten Städten nicht etwa mit einer ein- oder zweistündigen Verkürzung in der Woche getan sein kann, sondern namentlich in den bisher zurückgebliebenen Orten mehr geschehen muß, wollen wir schon heute aussprechen, so sehr wir im übrigen mit dem Vorschlag der Klasseneinteilung einverstanden sind und deshalb den Versuch nicht scheitern sehen möchten. Denn die Holzarbeiter können bei der Sache nichts verlieren, sondern nur gewinnen, vorausgesetzt allerdings, daß die Kollegen überall nach wie vor treu zum Verband halten.

Denn wie es jetzt erst eines so kräftigen Beweises der Stärke des Holzarbeiterverbandes bedurfte, um bei den Arbeitgebern überhaupt die Geneigtheit zu diesen Vereinbarungen zu erwecken, so ist auch kein Zweifel darüber möglich, daß Erfolge für unsere Kollegen bei den Verhandlungen der beiden Vorstände nur für die Städte zu holen sind, in denen die Stärke des Verbandes und sein Einfluß auf die Arbeitgeber am Orte dafür ausreichen. Jedenfalls müssen unsere Kollegen sich ganz besonders hüten, sich nach dieser Richtung irgend welchen Illusionen hinzugeben. Vorläufig haben sich die Herren vom Schutzverband noch nicht den Anspruch auf volles Vertrauen der Arbeiter erworben, sondern vorläufig sind die

Holzarbeiter genötigt, den Herren gegenüber, welche vor wenigen Wochen und Monaten noch Tausende unserer Kollegen teilweise unter schuldigem Vertragsbruch auf die Straße geworfen, in Misstrauen zu verharren und sich lediglich auf die Schlagfertigkeit ihrer eigenen Organisation zu verlassen.

Trotz alledem begrüßen wir die Verhandlungen in Eisenach als einen wesentlichen Fortschritt und freuen uns, denselben als einen Erfolg des Deutschen Holzarbeiterverbandes bezeichnen zu können. Die Erstarkung unseres Verbandes hat die Arbeitgeber seither gezwungen, den Holzarbeitern Konzessionen zu machen, sie wird uns auch zu weiteren Fortschritten verhelfen. Mögen die Kollegen in allen Städten mit ganzer Kraft für die weitere Stärkung ihrer Organisation eintreten, dann geben sie unseren Vorstandsvertretern bei den Verhandlungen den besten Rückhalt und schaffen damit die sicherste Gewähr dafür, daß wenn der Lohnkampf sich in Zukunft möglichst in friedlichen Bahnen bewegen soll, er dennoch für die Holzarbeiter stets erfolgreich bleibt.

„Verpulverte“ Verbandsgelder.

Der summarische Rechenschaftsbericht unseres Verbandes, den wir in Nr. 25 veröffentlicht haben, hat in den Kreisen unserer Gegner einiges Mißbehagen erregt. Man gibt sich deshalb krampfhaft Mühe, aus den gegebenen Zahlen den Nachweis zu führen, wie schlecht der Deutsche Holzarbeiterverband mit den ihm anvertrauten Beiträgen der Mitglieder wirtschaftet. Eine Berliner Zentralstelle, die ihren Sitz wohl nicht weit von dem Pressbureau des Reichslägerverbandes haben dürfte, hat sich die Mühe genommen, einen Auszug aus unserem Artikel zu machen und ihn mit der obliquen Reichsverbandssauce zu versehen. So zubereitet, macht er die Runde durch die ganze „Ordnungspress“.

Um unseren Mitgliedern zu zeigen, wie die Sache gemacht wird, drucken wir nachstehend das Laborat ab, welches wir in einer ganzen Reihe bürgerlicher Blätter gefunden haben. Wir zitieren aus der „Magdeburgischen Zeitung“ vom 22. Juni:

h. Berlin, 20. Juni. Nicht weniger als 1688804 Mfr. hat der sozialdemokratische Holzarbeiterverband im vorigen Jahre für Streiks verpulvert. Das ist eine außerordentlich hohe Summe. Im Jahre 1903 wurden von ihm nur 339046 Mfr. für Streiks ausgegeben, 1904 bereits 1148555 Mfr. und 1905 1176066 Mfr. Die 1688804 Mfr. aus dem Jahre 1906 fielen 57 Prozent der Reineinnahmen dar; also nahezu drei Fünftel der hohen Beiträge des Holzarbeiterverbandes sind für derartige unproduktive Zwecke verwendet worden. Wenn der Holzarbeiterverband diese 1 1/2 Millionen für soziale Zwecke geopfert hätte, dann hätte er vielen mit des Lebens Not kämpfenden Arbeitern bedeutende Wohltaten erweisen können. Dies wäre um so mehr angebracht gewesen, als die Leiter des Verbandes selbst anklagen, daß die nächsten Jahre den Kollegen verringerte Beschäftigung bringen werden. Am 1. Juli soll die Krankenunterstützung des Verbandes in Wirksamkeit treten. Das hätte doch schon lange gesehen können. Den Arbeitern wäre mit einer, wenn auch kleinen Krankenunterstützung viel mehr gedient gewesen als mit kleinen, durch lang dauernde Streiks erzwungene Lohnerhöhungen. Diese würden auch ohne die Streiks gekommen sein. Im Jahre 1906 hat der sozialdemokratische Holzarbeiterverband nicht weniger als 374 Angriffstreiks unternommen; 1904 waren es deren nur 241, 1903 nur 278. Abwehrstreiks führte der Verband 187 im Jahre 1906 gegen 105 im Jahre 1904 und 144 im Jahre 1905 durch. Man sieht daraus, daß der Verband unausgesetzt in Konflikt mit den Arbeitgebern gestanden hat. Der Verband will in den letzten drei Jahren 100949 Arbeitern eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,68 Mfr. für die Woche und 72617 eine Arbeitszeitverkürzung von 2,7 Stunden für die Woche verschafft haben. Und darum sind 1 1/2 Millionen ausgegeben worden. Nach den Ausprägungen der Verbandsleiter sind neue heftige Lohnkämpfe zu erwarten.

Der Tintenkult nennt die Streikkosten Ausgaben für unproduktive Zwecke und hätte gewünscht, daß das Geld für soziale Zwecke geopfert worden wäre. Der Gute! Gibt es denn höhere soziale Zwecke als die Erringung kurzer Arbeitszeit und hoher Löhne für die Arbeiter? Wenn in dieser Beziehung in ausreichendem Maße gesorgt ist, verzichten wir gern auf die Betteluppen und die zweifelhaften Wohltaten, die man uns heuchlerischerweise als Ausfluß der sozialen Tätigkeit der bestehenden Klassen hinstellen möchte.

Über die Frage, ob die Ausgaben unproduktiv waren, könnte man schließlich streiten, aber nur dann, wenn man den Ausdruck produktive Arbeit sehr eng faßt und ihn nur auf die unmittelbare Warenerzeugung amendet. Das werden

Unternehmerbewegung.

Arbeitgeberterrorismus. Die „Soz. Praxis“ berichtet: In Aachen ist neuerdings eine Organisation der bisher nicht organisierten Arbeitgeber des Anstreichergewerbes zum Schutze gegen den Terrorismus des Arbeitgebers...

Soziale Rechtspflege.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Ingolstadt haben die freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg errungen. Für die Kandidaten der freien Gewerkschaften wurden 213 Stimmen abgegeben...

bidaten, die 131 Stimmen erhielten. Der erhebliche Stimmenzuwachs der freien Gewerkschaften ist um so erfreulicher, als die Christlichen kein Mittel unversucht ließen, um das Feld zu behaupten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Reichsgericht kontra Scharfmacherterrorismus. Durch Reichsgerichtsurteil war schon vor einigen Jahren zum ersten Male eine Bresche in das System der Schwarzen Listen geschossen worden. Eine Berliner Firma, auf deren Veranlassung ein Arbeiter mit diesem System ausgehungert werden sollte, mußte Schadenersatz leisten.

schein vorzuenthalten. Nach dem Zeugnis des Kaufmanns Otto Herberg war der Grund der Entlassung lediglich der, daß der Kläger seinem Versprechen zuwider gleich am Tage nach Eintritt der Arbeit für den Metallarbeiterverband während der Arbeitszeit agitierte und insbesondere mit Nummernformularen herumging.

Literarisches.

Dr. Paul Rensch, Sozialistische Literatur. Zwei Vorträge. Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig. Preis 15 Pf.

Die Broschüre enthält keineswegs etwa eine trockene Aufzählung von Namen und Büchertiteln, sondern sie stellt in ihrem engen Rahmen ein Stück Parteigeschichte dar. Sie kann allen Parteigenossen aufrichtig empfohlen werden.

Arbeit und Lohn. Im Verlag der Buchhandlung von Gebrüder Susschitzky, Wien X, Replerplatz 4, erscheint unter obigem Titel eine Broschüre, welche einen Vortrag des englischen Arbeiterführers und jetzigen Ministers John Burns enthält.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das erste Quartal 1907.

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Hauptkasse, Zahlstellen, Gesamt. Includes sub-sections for 'Umschluß' and 'Revidiert und für richtig befunden'.

Am Schluß des ersten Quartals 1907 zählte der Verband 768 Zahlstellen, das ist eine mehr als im vierten Quartal und 82 mehr als im ersten Quartal 1906.

Die Mitgliederzahl dagegen betrug am Schluß dieses Quartals 151221, wovon 147603 männliche, 3560 weibliche und 58 jugendliche. Gegen das vierte Quartal 1906 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 522 zurückgegangen...

Von den größeren Zahlstellen hatten in diesem Quartal besonders die folgenden den beigefügten Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen: Bromberg 22, Stettin 95, Gdrlitz 32, Langensl. 19, Finsterwalde 18, Frankfurt a. D. 41, Dresden 516 (einschließlich 470 durch Übertritt von Hainzberg und Votfchappel)...

Dagegen haben unter anderen die folgenden größeren Zahlstellen den beigefügten Mitgliederverlust zu verzeichnen: Ebing 21, Breslau 41, Rattowitz 16, Berlin 2510, Charlottenburg 28, Groß-Dichterfelde 18, Landsberg a. W. 18, Nitzdorf 72, Schöneberg 17, Spandau 21, Weihenfele 158, Dippoldiswalde 26, Mies 24, Klingenthal 20, Schönheide 104, Burg 30, Halberstadt 22, Magdeburg 28, Kiel 194, Wilhelmshaven 18, Cassel 38, Celle 28, Hannover 22, Bonn 25, Dortmund 34, Offen 27, Kaiserslautern 19, Ludwigshafen 26, Metz 39, Michelstadt 39, Offenbach 37, Rempfen 22, Freiburg i. Br. 56, Konstanz 29, Neuenbürg 80, Pforzheim 20, Stuttgart 61.

Den Rückgang der Gesamtzahl der Mitglieder hat also hauptsächlich der recht bedeutende Mitgliederverlust in der Zahlstelle Berlin herbeigeführt, veranlaßt durch die Aussperrung und die während derselben erfolgte Abreise. Auf der anderen Seite hat allerdings auch der Zustrom neuer Mitglieder in diesem Quartal nachgelassen...

zum anderen Teil aber auch auf eine Vernachlässigung der Agitation während der großen Aussperrung zurückzuführen ist. Neu aufgenommen wurden nämlich nur 9574 männliche, 559 weibliche und 31 jugendliche, zusammen 10164 Mitglieder, gegen 3440 im vierten Quartal und 17164 im ersten Quartal 1906. Die Zunahme dürfte man also im gleichen Quartal des Vorjahres um 7000 höher als in diesem Jahre. Seit dem vierten Quartal 1903 ist eine so geringe Zahl von Neuaufnahmen nicht mehr zu verzeichnen gewesen...

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug in diesem Quartal 831327 Mk. gegen 864525 Mk. im vierten Quartal und 564852 Mk. im ersten Quartal 1906. Der Rückgang gegenüber dem vierten Quartal ist auf die große Zahl ausgesperrter und daher von den Beiträgen befreiter Mitglieder zurückzuführen.

Von den männlichen Mitgliedern wurden in diesem Quartal insgesamt 1642000 und von den weiblichen und jugendlichen 41807 Beiträge entrichtet. Hiernach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 11,1 Beiträge, gleich 85,4 Prozent des Vollbeitrags, auf das einzelne weibliche und jugendliche Mitglied 11,4 Beiträge, gleich 87,7 Prozent des Vollbeitrags.

Die Einnahmen für den Arbeitslosenfonds betragen in diesem Quartal 166265 Mk. (1642000 männliche Beiträge à 10 Pf. und 41807 weibliche à 5 Pf.), die gleiche Summe ist auch für den Krankenfonds zu berechnen.

Unter den Ausgaben ragt in diesem Quartal noch weit höher als in jedem früheren die Streikunterstützung hervor. Sie erforderte 1159384 Mk., gegen 138680 Mk. im gleichen Quartal des Vorjahres. Das ist eine Vermehrung um 975704 Mk. oder 531,2 Prozent. Von den übrigen Unterstützungen vermehrte sich gegen das Vorjahr die Arbeitslosenunterstützung (137968 Mk.) um 31586 Mk., die Reiseunterstützung (22375 Mk.) um 5116 Mk., beide gleich 29,7 Prozent, das Sterbegeld (9660 Mk.) um 1708 Mk., gleich 21,4 Prozent, die Umzugsunterstützung (5607 Mk.) um 470 Mk., gleich 9,1 Prozent, die Notfallunterstützung (1425 Mk.) um 45 Mk., gleich 3,2 Prozent. Nur die Gemäßregelunterstützung (13884 Mk.) ist um 665 Mk. hinter der Ausgabe im ersten Quartal des Vorjahres zurückgeblieben.

Von der Reiseunterstützung entfallen 1952 Mk. (1823 Mk. im Vorjahr) auf die Aufenthaltunterstützung, welche an 1489 Empfänger ausgezahlt wurde, und zwar an 13 je für drei Tage, an 437 für zwei Tage und an 1039 für einen Tag. Hiervon kommen auf Berlin 63 (314 im Vorjahr), Breslau 62, Dresden 126, Hamburg 361, Köln 251, Leipzig 131, München

172, Bremen 27, Chemnitz 38, Düsseldorf 139, Elberfeld 47, Frankfurt a. M. 157, Halle 14, Hannover 49, Königsberg 3, Magdeburg 36, Nürnberg 88, Stettin 87, Straßburg 22, Stuttgart 79 Empfänger.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Mehrausgabe von 284810 Mk., gegenüber einer Mehreinnahme im gleichen Quartal des Vorjahres von 42856 Mk. Der Kassenbestand am 1. April 1907 hat sich infolgedessen auf 912844 Mk. ermäßigt. Die Abrechnung der Lokalkassen ergibt außerdem einen Bestand von 721239 Mk. Im Vorjahr betragen die beiden Bestände 1145938 Mk., respektive 867115 Mk.

Anschließend bringen wir wieder die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der

Lokalkassen im ersten Quartal 1907.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, Zusammen. Includes sub-sections for 'Rassenbestand vom vierten Quartal 1906' and 'Gesamtausgabe'.

Stuttgart, 28. Juni 1907.

Der Vorstand.

